

## Stellungnahme zum Artikel von Niklas Weber in der Süddeutschen Zeitung vom 3.3.2020

Fast könnte ich mich geschmeichelt fühlen, dass in der Süddeutschen Zeitung ein Artikel erschienen ist, der die aktuelle Debatte über die Entschädigungsforderungen der Hohenzollern zum Anlass nimmt, über meine Person, meine Biographie und meine Auffassungen zu schreiben. Allerdings ist die Darstellung so einseitig und verzerrend, dass meine Freude begrenzt ist. Vielmehr muss ich einige Dinge richtigstellen:

Einseitig ist es bereits, ausschließlich Cicero, Cato und Idea Spektrum als meine Publikationsorte zu nennen, wenn der Autor der „Süddeutschen“ sich fragt, woher man mich kennen könnte. Mein Artikel über die Hohenzollerndebatte in der Neuen Zürcher Zeitung (11.12.19), mein Text im Tagesspiegel über das Ernsthaftigkeitsdefizit in der evangelischen Kirche (22.4.19), meine vier Artikel und Interviews über Luther, Kirchenpolitik und das Ende der deutschen Monarchie, die 2017-2018 im Rotary-Magazin erschienen, und auch meine Stellungnahmen zum Reformationsjubiläum und verwandten Fragen, die von evangelischen Zeitungen wie „Der Sonntag“ (2017) und „Glaube und Heimat“ (2017) und „zeitzeichen“ (viermal zwischen 2017 und 2019) veröffentlicht wurden, finden keine Erwähnung, obwohl sie leicht über die Website des Lehrstuhls für Neueste Geschichte in Würzburg, an dem ich arbeite, recherchierbar sind.

Stattdessen verweist der Autor der „Süddeutschen“ auf eine Handvoll Texte, die ich vor dreizehn Jahren für die Zeitschrift „Blaue Narzisse“ geschrieben habe. Das habe ich tatsächlich. Damals handelte es sich dabei um eine Chemnitzer Schülerzeitung. In einem Text ging es um Achtundsechziger-Lehrer. Ich kritisierte in dem Text, dass es unehrlich sei, auf der einen Seite Tabufreiheit zu propagieren, auf der anderen Seite aber in Wirklichkeit neue Tabus aufgestellt zu haben. Keinen der in dem Artikel der „Süddeutschen“ zitierten Tabubrüche, die ich als Beispiele nannte, habe ich mir zu eigen gemacht. In den weiteren Texten geht es um Theologie; in einem, der in dem Artikel der „Süddeutschen“ zitiert wird, setze ich mich kritisch mit der These auseinander, das Christentum sei zwangsläufig eine Sache der politischen Linken, und weise dagegen auf die Gründe dafür hin, dass im 19. Jahrhundert und noch darüber hinaus das Christentum normalerweise als eine Sache der Konservativen betrachtet wurde.

Manches in diesen Texten erschien mir schon wenig später als zu holzschnittartig und zu zugespitzt. Außerdem missfiel mir die politische Entwicklung der „Blauen Narzisse“. Deshalb bat ich die Redaktion, die Artikel von ihrer Website zu löschen, was auch geschah. Ich halte keinen Kontakt zu der Zeitung und identifiziere mich nicht mit der ideologischen Ausrichtung der „Neuen Rechten“. Das heißt für mich konkret: Ich lehne völkisches, „identitäres“ und „national-soziales“ Denken ab. Ich stelle mich gegen diejenigen, die den „Riss“ in unserer Gesellschaft vertiefen wollen. Ich warne vor dem gegenseitigen Abdriften in Filterblasen, habe für populistische Vereinfachungen nichts übrig und bin dafür, Orte und Institutionen zu stärken, an denen sich Menschen konstruktiv begegnen können, die unterschiedliche Ansichten haben.

Kirchenpolitisch setze ich mich für einen stärkeren Fokus auf Fragen des Glaubens und der Lebensorientierung ein und beziehe Stellung gegen eine Politisierung der Kirche. Ich stelle ausdrücklich klar: Wer der linken Politisierung der Kirche durch manche Teile der EKD eine rechte Politisierung der Kirche entgegenstellen will, kann sich damit nicht auf mich berufen. Meine Kritik bezieht sich auf die Politisierung der Religion, unabhängig von der politischen Richtung.

Ich bin für Debatten, die in der Sache geführt werden, immer zu haben, lehne es aber entschieden ab, Personen zu diffamieren, ganz egal welcher politischen, religiösen oder weltanschaulichen Richtung.

Der Autor der „Süddeutschen“ insinuiert, dass ich Teil eines „neurechten Netzwerks“ sei. Die Methode, mit der er diesen Unsinn belegen will, hat etwas Verschwörungstheoretisches. Würde man sie auf den Autor der „Süddeutschen“ selbst anwenden, könnte man ihm wohl durch seine Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und durch einen Artikel, den er für die Zeitung „Neues Deutschland“ verfasst hat, die Mitgliedschaft in einem linksradikalen Netzwerk unterstellen. Es mag naiv klingen, aber ich bin der Meinung, dass jemand nur für das inhaltlich verantwortlich ist, was er selbst äußert.

Ferner wird in dem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ behauptet, ich stellte in meinen wissenschaftlichen Publikationen den Themenkomplex „Konservative Revolution“ unkritisch und nicht auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes dar. Das trifft nicht zu. Vielmehr verweise ich ausdrücklich auf die Schwierigkeiten, ein so schillerndes Phänomen wie die „Konservative Revolution“ wissenschaftlich sauber zu erfassen, setze mich mit der Kritik an dem Konzept auseinander, vertrete aber die Auffassung, dass bislang keine bessere begriffliche Alternative zur adäquaten Phänomenerfassung existiert (Johannes Haller. Eine politische Gelehrtenbiographie, Göttingen 2015, S. 222-226, insbes. Fußnote 28). Der Begriff selbst, der als Sammelbegriff für eine Reihe von Strömungen einer nicht mehr traditionellen, aber auch nicht einfach nationalsozialistischen politischen Rechten in der Zwischenkriegszeit genutzt wird, ist meines Erachtens sinnvoll, um das sehr komplexe Verhältnis zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus zu verstehen, das Neben- und Ineinander von Nähe und Distanz. Der Begriff ist in der Geschichtswissenschaft, aber auch beispielsweise in der Politikwissenschaft, fest etabliert und wird, um nur wenige Beispiele zu nennen, genutzt u.a. von Fritz Stern, Armin Pfahl-Traugbber, Andreas Wirsching, Axel Schildt, Kurt Sontheimer, Hans-Wilhelm Eckert, Klaus von Beyme und Markus M. Payk.

Schließlich wird verzerrend aus meinem 2018 in der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig erschienenen Buch „Königstod. 1918 und das Ende der Monarchie in Deutschland“ zitiert. Eine Kernthese meines Buches ist, dass das abrupte Ende der Monarchie im November 1918 zu denjenigen Faktoren zu zählen ist, die zur Instabilität der politischen Lage in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg beitrugen. Im Schlusskapitel des Buches frage ich auch danach, was eine demokratische Republik wie Deutschland von parlamentarischen, demokratischen Monarchien wie Großbritannien lernen kann. Um nicht missverstanden zu werden, schreibe ich ausdrücklich – und zwar gleich zweimal –, dass ich *nicht* für eine Wiedereinführung der Monarchie bin (Königstod, S. 14 und S. 167). In diesem Zusammenhang erkläre ich, dass es ein perfektes politisches Ordnungssystem nicht gebe: „Denn jedes politische Ordnungssystem ist von Menschen geschaffen, und die menschliche Natur ist fehlbar. Man kann gegen die Demokratie sein, weil diese auf dem naiven aufklärerischen Glauben beruht, dass der Mensch gut und vernunftbegabt sei und deshalb die Mehrheit im Regelfall Recht habe. Man kann aber auch gegen die Monarchie sein, weil man – in Übereinstimmung mit der christlichen Tradition – um die Fehlbarkeit des Menschen weiß und deshalb keinem Einzelnen zu viel Macht über andere in die Hand geben möchte.“ (Königstod, S. 167) Keines der beiden von mir referierten Argumente mache ich mir zu eigen, und ich äußere auch nicht „grundlegende Zweifel an der Demokratie“, wie der Autor der „Süddeutschen“ behauptet. Nur eine einzige Seite später stelle ich klar: **„Die demokratische Ordnung zu konsolidieren, ist eine wesentliche politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts.“** (Königstod, S. 168)

Ich halte das tatsächlich für eine Kernaufgabe der Gegenwart. Ich führe in meinem Buch nicht weiter aus, wie eine Konsolidierung unserer demokratischen Ordnung gelingen kann. Ich hielt die Frage vor zwei Jahren, als ich das Buch schrieb, für mindestens eine Nummer zu groß für mich. Vielleicht ist es aber doch nötig, die Sache einmal anzugehen und beispielsweise der Frage auf den Grund zu gehen, warum uns die für Demokratien so wichtige sachliche, inhaltsbezogene Streitkultur mittlerweile so

schwerfällt; warum wir lieber Personen denunzieren, als in der Sache zu argumentieren, und warum sich eine renommierte Zeitung wie die „Süddeutsche“ an so etwas beteiligt.

Der Artikel in der Süddeutschen Zeitung nutzt als Aufhänger die aktuelle Kontroverse um die Entschädigungsforderungen der Hohenzollern. Ich habe als Sachverständiger im Kulturausschuss des Bundestages dafür geworben, die im Zusammenhang der Forderungen diskutierte historische Streitfrage des politischen Verhaltens des vormaligen Kronprinzen Wilhelm von Preußen differenziert zu betrachten und die verschiedenen von Fachhistorikern vertretenen Standpunkte ernstzunehmen. Wenn das nicht möglich ist, und, statt die Argumente zu hören, die Personen, die sie vertreten, angegriffen werden, steht es um unsere demokratische Streitkultur denkbar schlecht.

6.3.2020, Dr. Dr. Benjamin Hasselhorn